

**Antrag S-11**  
**ASG NRW****Empfehlung der Antragskommission**  
**Überweisung an die Bundestagsfraktion**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Steuerfinanzierung und Erhöhung der Beitragspauschalen von ALG II (Bürgergeld) EmpfängerInnen an die Gesetzliche Krankenversicherung**

1 Der Landesparteitag der SPD fordert die Bundestags-  
2 fraktion auf, umgehend für die Umsetzung der im Ko-  
3 alitionsvertrag verabredeten Erhöhung der steuerfinan-  
4 zierten Beitragspauschalen für Bürgergeldbezieherin-  
5 nen und -bezieher Sorge zu tragen. Dabei ist der Beitrag  
6 aus Steuermitteln von derzeit ca. 120 € mindestens auf  
7 die Beträge zu erhöhen, die der Staat für privatversicher-  
8 te Hilfeempfänger an die Private Krankenversicherung  
9 zahlt.

10

**11 Begründung**

12

13 Seit Jahren deckt der steuerfinanzierte Pauschalbeitrag  
14 von ca. 120 €, den die Gesetzlichen Krankenkassen (GKV)  
15 für jede/n ALG II-(Bürgergeld)Empfänger/in erhalten,  
16 nur maximal ein Drittel der durchschnittlichen Kosten  
17 ab, die der GKV für diese Mitglieder entstehen. Für  
18 die gleiche Klientel in der privaten Krankenversicherung  
19 übernimmt der Staat bis zu 400 € pro Monat.

20

21 Rund um die Kranken- und Pflegeversicherung werden  
22 zentrale Versprechen aus dem Koalitionsvertrag gebro-  
23 chen. Der Beitragssatz in der Pflegeversicherung wur-  
24 de schon erhöht, für die Krankenversicherung ist spä-  
25 testens zum 1. Januar 2024 damit zu rechnen. Steuerzu-  
26 schüsse werden massiv gekürzt obwohl sie insbesonde-  
27 re in der GKV lediglich dazu dienen, Ausgaben für ge-  
28 samtgesellschaftliche Aufgaben zu kompensieren, die  
29 die GKV übernimmt.

30

31 Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die Versicherten  
32 und die Arbeitgeber in der gesetzlichen Kranken- und  
33 Pflegeversicherung über ihre Beiträge Löcher im Bun-  
34 deshaushalt stopfen müssen, wenn zugleich der kleins-  
35 te Koalitionspartner in der Bundesregierung sich kate-  
36 gorisch weigert, seine besserverdienende Klientel auch  
37 nur im mindesten Umfang mit höheren Steuern zu be-  
38 lasten.